

Kurzprotokoll der Stadtratssitzung vom 24.7.2014

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.40 Uhr

Ort: Großer Sitzungssaal Rathaus

Sitzungsleiter: Dietmar Gruchmann

Anwesend: Hans-Peter Adolf, Jürgen Ascherl, Florian Baierl, Albert Biersack, Götz Braun, Salvatore Disanto, Bastian Dombret, Christian Furchtsam, Harald Grünwald, Ulrike Haerendel, Manfred Kick, Josef Kink, Alfons Kraft, Walter Kratzl, Joachim Krause, Werner Landmann, Rudi Naisar, Peter Riedl, Gerlinde Schmolke, Armin Scholz, Kerstin Tschuck, Nihan Yamak

entsch.: Norbert Fröhler, Ingrid Wundrak

Verwaltung: Hr. Janich, Frau Otto, Hr. Kaiser, Hr. Jakesch, Hr. Zettl

EWG: Hr. Nolte, Hr. Asum

Presse: zwei

Gäste: ca. 12

vorab: Antrag der CSU auf Öffentlichkeit bzgl. Standortsuche für Flüchtlingsunterbringung: Wir einigen uns ohne Abstimmung, dass vorerst Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt

Bürgerfragestunde /

TOP 2 und TOP 3 entfallen

TOP 4: Benennung der Mitglieder für den Behindertenbeirat

Hr. Kratzl bedauert, dass der Aufruf so wenig Resonanz in Kreisen der Behinderten gefunden hat. Der bestehende Beirat bleibt vorerst bis Ende des Jahres 2014 im Amt. Es wird weiter versucht, neue Mitglieder zu finden.

TOP 5: Umfrage zum Bedarf an Kinderbetreuung

1. Bgm. findet Nachfrage nach Waldkiga erfreulich. Aktiv werden muss Stadt im Hinblick auf Ferienbetreuung für Schulkinder (aus Mittagsbetreuung und off. Ganztagschule).

Fr. Otto:

- auffällig gestiegene Nachfrage nach Krippenplätzen und Tagespflege
- Bedarf an ganztägiger Betreuung ist gestiegen
- Kritische Stimmen von Eltern zielen auf:
 - mangelnde Personalausstattung
 - Kommunikation zu Trägern
 - Hochbrücker möchten Alternative zu kathol. Kinderhaus
 - allgemeine Online-Voranmeldung bei Stadt
- Inklusion als wichtiges Thema dieser Zeit (Integrationsplätze in Regelkindergärten)
- Ganztagsklassen in GS West (erstmalig in allen Klassenstufen): Problem der Ferienbetreuung

TOP 6: Antrag der FDP auf Änderung der Formulierung in der städt. Gebührenordnung Kindergärten und Horte

Eltern wurde durch Aushang deutlich gemacht, dass alle Geschwisterkinder für Ermäßigung in Frage kommen. In neuer Gebührenordnung wird Neuformulierung aufgenommen.

TOP 7: Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss Stadtwerke Garching

Herr Dr. Winfried Schwarzmann wird einstimmig bestellt.

TOP 8: Bebauungsplan "südl. Voith", TOP 9: Beb.plan "Gewerbegebiet am Schleißh. Kanal", TOP 10: Beb.plan "Zeppelin HanGAR MUC", TOP 11: Beb.plan "Wissenschafts- und forschungsnahes Gewerbe" und TOP 12: Beb.plan "Untere Straßäcker" und TOP 13: Flächennutzungsplanänderung Gewerbegebiet östl. der B13

für alle: Beschluss zur Einstellung des Verfahrens und Aufhebungsbeschluss (nicht mehr aktuell, deshalb werden die Beb.planverfahren aufgehoben; können aber ggf. neu eingeleitet werden)

TOP 14: Grundsatzvereinbarung zwischen Stadt und Bayernwerk (BAG)

1. Bgm. berichtet, dass er nochmal versucht habe, die Zinssätze nach unten zu verhandeln, war mit BAG nicht möglich.

Letztlich sei Energiewende eine "Generationenentscheidung", die man auch durch schwierige Zeiten tragen müsse.

Hr. Kraft: Heute nicht entscheiden, sondern alles nochmal auf den Prüfstand stellen. Warum soll Stadt das Defizit der BAG mittragen? Was passiert denn, wenn wir heute nicht zustimmen?

Hr. Krause: Wenn man mit Verhandlungen wieder von vorn anfängt, wird nicht wesentlich Anderes rauskommen. Wir haben eigentlich schon zugunsten einer grundsätzlichen Weiterführung der EWG entschieden. Dann müssen wir sie auch lebensfähig halten. Immerhin zahlt die BAG die Lasten im Verhältnis 3:1.

Hr. Dombret: Wenn wir jetzt dafür stimmen, wird es später noch schwieriger, einen Schlusstrich zu ziehen. Fühlt sich nicht wirklich "entscheidungsreif", hat versucht, sich noch besseren Überblick zu verschaffen. Falls Geschäftsführung die Aussicht bejaht, dass tatsächliche Geschäftsergebnisse in den kommenden Jahren nicht wesentlich nach unten vom Business-Plan abweichen, wird er der Vereinbarung zustimmen.

Hr. Asum: Es geht im wesentlichen um Vertriebszahlen (technische Risiken etc. sind nicht mehr ungewiss). Feste Garantie kann er nicht geben, aber Vergleichsprojekte zeigen günstige Entwicklung.

1. Bgm. verweist auf "ernsthafte Signale" vom Wissenschaftscampus. dass GE und andere sich anschließen lassen wollen.

Hr. Adolf: verweist darauf, dass Prognosen von Sonntag & Partner (damalige Business-Plan-Prüfung) 2008/2009 nicht in Erfüllung gegangen sind. Jetzt ist er misstrauisch, auch weil viele Null- oder Plus-Energie-Häuser gebaut werden. Woher soll Absatz kommen?

Fragt außerdem, was "Alt-Verbindlichkeiten" genau meint. Wie sollen Investitionen von 5,5 Mio und mehr (potenziell 8 Mio Euro) von der Stadt finanziert werden? Warum ist Primärenergiefaktor, z.B. im Vergleich mit Ufg., so schlecht?

Hr. Asum: - Sonntag & Partner habe 2009 Business-Plan für kritisch, aber "erfüllbar" gehalten
- eon hat damals mit den Genussscheinen Risikokapital für Bohrungen finanziert; Eigenkapitalquote der EWG ist extrem gering

- Alt-Verbindlichkeiten in dieser Vereinbarung sind nur Zinsanspruch der BAG, rund 4,3 Mio, auf die sie verzichtet. Stadt Garching verzichtet auf einige hunderttausend Euro aus Entgelten, die sie eigentlich bekommen würde. Zukunftsinvestitionen von 8 Mio sind nicht verbindlich, sondern eine "Vision". Ufg. hat bessere technische Voraussetzungen.

Hr. Nolte: zum Business-Plan: Vertrieb ist nicht genau prognostizierbar, aber es sind einige interessante Objekte in Aussicht. Technischer Puffer ist außerdem eingebaut.

Hr. Riedl: erklärt, dass Besseres nicht zu erreichen ist und wir jetzt zustimmen sollten

Hr. Krause: Wenn wir EWG jetzt abschmieren lassen, hat das auch vertrieblich gravierende Konsequenzen.

Hr. Dombret: fragt nochmal nach betriebswirtschaftlichen Risiken

Hr. Nolte antwortet, dass, auch wenn ein oder anderes Geschäft nicht zustande kommt, Gesellschaft noch nicht gefährdet ist und keine neue Einlage braucht. Wenn Gaspreis um 20% sinkt, dann deswegen nicht der Vertriebsserfolg um soviel. EWG ist positives Beispiel für CO2-Einsparungen und wirbt damit auch offensiv.

Hr. Kratzl: der Garching trägt das wirtschaftliche Risiko, hat aber nichts von EWG (nur Großabnehmer). Will die zusätzliche Belastung von 5,5 Mio. nicht.

Hr. Krafft will nochmal hören, wie sich jeweiliges Risiko in Zahlen ausdrückt.

Hr. Asum: bei Insolvenz 19 Millionen Kreditsumme (mind. 10 Mio durch Stadt) und einiges andere zu bezahlen.

Hr. Janich: jetzt vereinbarte Ratenzahlungen sind tragbar ohne allzu spürbare Auswirkungen in anderen Bereichen; außerdem bekommen wir ja hoffentlich auch Zinsen aus Genussrechten.

Zustimmung zur Vereinbarung gegen die beiden Stimmen der Grünen.

TOP 15: 10-Minuten-Takt U-Bahn und Betriebskostenvereinbarung

1. Bgm.: Kreistag hat bereits in Aussicht gestellt, dass neuer Betriebskostenanteil der Stadt ganz vom Kreis getragen wird.

Janich: Ausweitung des 10-Minuten-Taktes betrifft Zeiten tagsüber, nicht in den Abendstunden, von ca. 9.30 bis 16.30 Uhr

einstimmig beschlossen

Mitteilungen aus Verwaltung: Herr Zettl zu derzeitigen Straßenbaumaßnahmen

- Flüsterasphalt südl. von Garching und Ortsdurchfahrt von Dirnismaning? Gegenfinanzierung weitgehend aus Erspartem bei Ortsdurchfahrt Garching.

Hr. Adolf, Hr. Baierl loben Verwaltung wg. Erleichterung für Garching-Südost und für Dirnismaning.

Fr. Schmolke fragt nochmal nach konkreter Dezibel-Einsparung; Hr. Zettl: 3 Db

Zustimmung.

Weitere Mitteilungen:

- Verschärftes Vorgehen gegen Parker und Lieferverkehr in Fußgängerzone

...

Für das Protokoll

Ulrike Haerendel,
24.07.2014